

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule

Leiterin der Doktorschule: Prof. Dr. Ellen Bos
Betreuerin der Dissertation: Dr. Christina Griessler

Şahin Göksu

Die Politik der Türkei gegenüber den turksprachigen Minderheiten Südosteuropas

THESENBLATT ZUR DISSERTATION

2025

Einleitung

Die Beziehungen zu den Minderheiten, die sich allgemein als Bevölkerungsteil mit einer differenzierten Muttersprache oder kulturellen Identifikation von der Mehrheitsgesellschaft eines Staates unterscheiden, waren in Europa in den letzten beiden Jahrhunderten oft von Assimilation, Vertreibung oder sogar Völkermord geprägt. Dieses Zerstörungspotential führte oft dazu, dass „Mutterstaaten“ – die eine gemeinsame Sprache oder Kultur mit extern ansässigen Volksgruppen teilten – intervenierten, um als Schutzmacht zu fungieren. Dies trug jedoch oft zu einer noch größeren Eskalation bei und führte immer wieder zu Kriegen.

Vor allem die Balkanregion hat in der nahen Vergangenheit gezeigt, wie Minderheiten weiterhin ein Destabilisierungsfaktor für betroffene Staaten sein können und wie ein Minderheitenkonflikt durch die Einflussnahme externer (Schutz-)Mächte oder Staatenbünde (NATO, EU)

zu einer überregionalen Krise – sogar mit Gewalt – eskalieren kann. Die Konfliktzentren der Balkanregion zeigen jedoch auch, dass auswärtige Minderheitenpolitik nicht immer nur als humanitäre Hilfe mit oder ohne militärischen Eingriff verstanden werden muss oder eine friedensfördernde Absicht verfolgt. Externe Minderheitenpolitik, als Teil der Außenpolitik, kann aufgrund ihres Destabilisierungspotentials auch die Instrumentalisierung der konationalen Minderheiten für eigene nationalstaatliche und geostrategische Interessen beinhalten. Es sind aber genauso auch kulturelle, identitätsbezogene und innenpolitische Beweggründe für einen fremdnationalen Einfluss möglich.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1923 verfolgt auch die Türkei eine rege auswärtige Minderheitenpolitik in Südosteuropa und übt seit jeher eine Außenpolitik aus, welche den Interessen der türkischsprachigen Ethnien in den betreffenden Staaten zugutekommen soll.

Gleichgültig, ob diese Politik auf geostrategische Motive basiert oder eher mit kulturell gewachsenen Beziehungen zu den *Volksbrüdern* begründet ist, so besteht allein durch die jahrhundertelange Regentschaft des Osmanischen Reiches in der Balkanregion, eine historische Verbindung zwischen der Türkei und den dort alteingesessenen türkischen Minderheiten. Heute wird die Zahl der Balkantürken nach fast 500 Jahren osmanischer Herrschaft auf etwa 0,8 Millionen geschätzt. Diese befinden sich vor allem in Bulgarien, Griechenland, Nordmazedonien, Rumänien und Kosovo.

Der frühere Ministerpräsident der Türkei Ahmet Davutoğlu, erkennt in diesen Minderheiten eine demografische Macht, die eine strategische Relevanz für die Türkei darstellen. İsmail Cem, der letzte Außenminister vor der noch fortbestehenden Alleinregierung der AKP fasste diesen Aspekt prägnant zusammen, indem er für die Türkei einen ständigen Nutzen aus den Minderheiten erkannte.

Aktuell versucht die Türkei durch die Etablierung staatlicher oder staatsnaher Institutionen vor Ort, den Kontakt zu den Minderheiten aufrechtzuerhalten. Zu nennen ist die Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordination (TİKA), das Türkische Präsidium für Auslands-Türken und verwandte Gesellschaften (YTB) sowie die zahlreichen Yunus-Emre-Institute (YEE). Bis Ende der 1990er Jahre waren noch diplomatischer und moralischer Beistand sowie geordnete Zuwanderungsabkommen mit den Wohnsitzstaaten die Hauptinstrumente der türkischen Minderheitenpolitik auf dem Balkan.

Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Hypothesen

Auch wenn auswärtige Minderheiten keinen Automatismus für eine aktive Außenpolitik in diese Richtung darstellen, stehen sie dennoch oft im Mittelpunkt des Interesses staatlicher Entscheidungsträger. Demnach betreiben Staaten oftmals eine auswärtige Minderheitenpolitik. Zur Frage, weshalb Staaten dies tun, existieren länderspezifische Gründe. Spezifisch sowohl bei den Mutterstaaten als auch bei den Wohnsitzstaaten. In der vorliegenden Arbeit wird gezielt die Minderheitenpolitik der Türkei in der Balkanregion erforscht. Die Türkei wird hinsichtlich der Minderheitenpolitik auf dem Balkan wiederum unterschiedliche Absichten verfolgen. Sozio-psychologische Motive, wie ein Verantwortungsgefühl gegenüber den dortigen Minderheiten, sowie wahltaktische Überlegungen um die 4 bis 10 Millionen wahlberechtigten Balkan-Vertriebenen in der Türkei zu beeindrucken, kommen dafür ebenso in Betracht. Diese Thesen untersucht jedoch nicht alle potenziellen Gründe, sondern fokussiert sich auf strategisch-außenpolitische Motive. Die zentrale zu erklärende Fragestellung wird daher folgendermaßen formuliert:

Verfolgt die Türkei mit ihrer Politik gegenüber den türkischsprachigen Minderheiten in Südosteuropa machtpolitische Interessen?

„Machtpolitische Interessen“ umfasst dabei nicht nur die Frage, ob die Türkei die externen Minderheiten für ihre eigenen außenpolitischen Ziele instrumentalisiert, sondern auch, ob sie ihre Rolle als Mutterstaat bzw. Schutzmacht nur bis zu dem Punkt wahrnimmt, ab dem dies ihren eigenen Interessen schaden würde.

Es stellt sich nebenher die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der auswärtigen Minderheitenpolitik und den allgemeinen außenpolitischen Ansätzen der Türkei in Bezug auf diese Region besteht und inwiefern systemische sowie innenpolitische Zwänge diese Politiken einschränken oder ermöglichen. Zusätzlich soll analysiert werden, ob diese strukturellen und innergesellschaftlichen Faktoren im Zeitraum von 1983 bis 2024 eine Transformation der externen Minderheitenpolitik bewirkt haben bzw. in welchem Ausmaß sie die außenpolitischen Entscheidungsträger hinsichtlich der Intensität und der eingesetzten Instrumente auf diesem Politikfeld beeinflusst haben.

Die Fragestellung soll anhand folgender Allgemeinhypothese geprüft werden:

Die Türkei betreibt eine auswärtige Minderheitenpolitik, um u.a. damit auch ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen in der Region zu bekräftigen.

Der Balkan ist aus türkischer Sicht eine bedeutende Nachbarregion mit wirtschaftlichem Potenzial und stellt das Tor zu Europa dar, was auch sicherheitspolitische Relevanz hat. Dass dort die EU, Russland, China oder Saudi-Arabien Einfluss nehmen, stellt sowohl außen- als auch innenpolitisch (z.B. durch Radikalisierung) eine Gefahr für die Türkei dar, sodass ein Autonomiebestreben im Sinne des klassischen Realismus erkennbar sein könnte.

Theoretischer Bezugsrahmen, Analyseverfahren und Methodik

Ausgehend von der spezifischen Fragestellung und Hypothese handelt es sich bei der vorliegenden Forschungsarbeit überwiegend um eine Einzelfallstudie, bei der jedoch auch Vergleiche zwischen den türkischen Aktionen in Bezug auf die Minderheiten in den behandelten Wohnsitzstaaten gezogen werden.

Die Studie wird durch mit Hilfe einer Großtheorie durchgeführt. Der Realismus bietet diese theoretische Perspektive. Der klassische Realismus nach Morgentau überträgt das negative Menschenbild, in dem stets nach Macht und Einfluss gestrebt wird, auf Staaten und deren internationale Beziehungen. Innerhalb des Realismus ist für diese Forschungsfrage jedoch der Neorealismus nach Waltz noch geeigneter. Dieser ersetzt den Machthunger der Staaten als außenpolitische Antriebskraft durch ein Sicherheits- und Wohlstandsstreben. Die Forschungsarbeit setzt an dem Grenzgebiet der Makro- und Meso-Ebene an.

Zusätzlich wurde eine Längsschnittanalyse durchgeführt, welche die nahe Vergangenheit sowie die Gegenwart einbezieht. Die theoriegeleitete Analyse basiert auf der qualitativen Methode. Primäre Quellen wurden auch berücksichtigt, so dass es sich zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich um eine Sekundäranalyse handelt. Hierfür wurden gründliche Recherchen in den Presseveröffentlichungen des türkischen Staats- und Ministerpräsidentenamtes sowie des Außenministeriums durchgeführt. Forschungen in relevanten Zeitschriften und überregionalen Zeitungen waren erforderlich und wurden durch drei Forschungsreisen in die Türkei und einer in die Balkanregion unterstützt. Darüber hinaus wurden Experteninterviews durch-

geführt. Die Annahmen des Realismus werden dabei mit dem Kin-state-Ansatz kombiniert, woraufhin speziell für diese Studie ein eigenes Grundmodell entwickelt wurde.

Stand der Forschung

Besonders hervorzuheben bezüglich der auswärtigen Minderheitenpolitik ist die Arbeit von Franz Preissler, der die externe Minderheitenpolitik Russlands im Baltikum untersucht und danach fragt, ob Moskau die russischsprachigen Konationalen in den Nachbarstaaten zur Durchsetzung hegemonialer Interessen instrumentalisiert. Dabei geht es Russland laut Preissler nicht nur darum, den Status Quo in sicherheitspolitischen Belangen zu bewahren, sondern auch um das Ziel, die Forderungen aus dem Westen bezüglich Menschenrechts- und Demokratiefragen zurückzuweisen. Franz Preissler geht allerdings nicht nur auf den Untersuchungsfall Russland ein, sondern erarbeitet Bestimmungsfaktoren für eine differenzierte Analyse zur auswärtigen Minderheitenpolitik im Allgemeinen.

Im Falle der Türkei und einer außenpolitisch orientierten Minderheitenpolitik, sticht eine Forschungsarbeit von Kader Özlem hervor, der die Politik der Türkei im Hinblick der türkischen Minderheiten im Balkan untersucht. Im Gegensatz zu diesem Forschungsvorhaben spielen machtpolitische Interessen nur eine nachrangige Rolle. Kader Özlem erforscht vielmehr unter Nutzung des Konstruktivismus, ob die gemeinsame Identität zwischen *Türkei-Türken* und *Balkantürken* ein „Wir-Gefühl“ hervorruft und Ankara norm- und wertegetrieben handelt. Die auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei erforscht ebenfalls Hüsrev Tabak, wobei er sich auf die türkische Minderheit in Kosovo konzentriert. Tabak zufolge sind die Bestrebungen Ankaras in Bezug auf die Balkantürken innenpolitisch motiviert. Demnach bewirkt ein innenpolitischer Wertewandel eine Änderung der Normen und Interessen der Türkei hinsichtlich der Türken in Südosteuropa.

Aufbau und Vorgehen

Wie bereits erwähnt, betrachtete Kenneth Waltz den von ihm maßgeblich entwickelten Neorealismus als untauglich für außenpolitische Analysen. Daher entwickelten Volker Rittberger und weitere Forscher der Tübinger Schule, aus den Annahmen des Neorealismus eine

Außenpolitiktheorie, die operationalisierend angewendet werden kann und im Analyseteil der Arbeit zum Einsatz kommt. Da die Außenpolitik Ankaras in den letzten Jahrzehnten oftmals von internen Zwängen bestimmt wurde, wird auf den neoklassischen Realismus eingegangen, der innenpolitische Bedingungen als intervenierende Variable mit einnimmt. Zusätzlich zu diesen in der Forschung häufig eingesetzten Theorien, kommt der Kin-state *Ansatz* zur Anwendung, der zwar noch nicht überall als vollwertiger Ansatz gilt, jedoch definitiv als eine Ansammlung von Bestimmungsfaktoren betrachtet werden kann. Dazu wurde für diese Forschungsarbeit an den Vorleistungen von Franz Preissler angeknüpft. Preissler geht im Detail darauf ein, mit welchem Motiv und zu welchen Zwecken Mutterstaaten eine Außenpolitik gegenüber Minderheiten verfolgen und welche Faktoren das Ausmaß dieser Politik bestimmen. Die von Preissler gebildeten Einflussgrößen können auch in weiteren Arbeiten angewandt werden. Diese werden zunächst in dieser Studie modifiziert und in der späteren Analyse berücksichtigt.

Vor dem Analysekapitel wird zunächst deskriptiv die historische Entwicklung der türkischen Außenpolitik beschrieben, wobei die sicherheits- und geopolitischen Motive sowie die Großmachtpolitik der Türkei stärker begutachtet werden. Ferner befasst sich die Arbeit mit der Balkanpolitik der Türkei, die die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, kulturellen und innenpolitischen Interessen und Motive Ankaras aufzeigen soll und erste Anhaltspunkte für die externe Minderheitenpolitik der Türkei in Südosteuropa liefern kann. Danach wird die allgemeine, über die Balkanregion hinausgehende Minderheitenpolitik der Türkei behandelt. Dabei werden einerseits ihre völkerrechtlichen Rechte und Pflichten in diesem Bereich thematisiert und andererseits die Instrumente und Werkzeuge aufgezeigt, die eine auswärtige Minderheitenpolitik ermöglichen. Dabei handelt es sich zumeist um ein verbales Eintreten für Minderheiten (bspw. über offizielle Stellungnahmen) und verstärkt seit den 2000er Jahren um Entwicklungshilfe und Außenkulturpolitik.

Im Anschluss folgt das zentrale Analysekapitel, in dem eingangs epochenweise die innen- und außenpolitischen Gegebenheiten der Türkei dargestellt werden. Der Untersuchungszeitraum wurde in vier Abschnitte unterteilt: 1983-1991, 1992-2002, 2003-2013 und 2014-2024. In jeder Epoche wird besonders ein Wohnsitzstaat hervorgehoben. Im ersten Abschnitt ist es Bulgarien, da es im gesamten Betrachtungszeitraum keinen weiteren Fall gab, in dem sich die Situation der Minderheiten derart verschlechterte. Dann folgt Griechenland, da es in dieser Zeit dreimal zu einem Beinahekrieg zwischen beiden Ländern kam und hier andere Konflikte als

der Minderheitenkonflikt vorherrschend waren. Die Nullerjahre nehmen Mazedonien in den Fokus, da die AKP in dieser Epoche die alleinige Regierungsverantwortung übernahm und ein anderes außenpolitisches Paradigma hatte. Schließlich folgt der letzte Zeitraum mit Kosovo. Das bedeutet, dass die Zeitperiode und die Auswahl des Wohnsitzstaates so zusammengesetzt wurde, dass das Vorherrschen größtmöglicher Unterschiede in der Fallauswahl angestrebt wurde. Anschließend wird über die Instrumente, Aktionen, Aussagen der Entscheidungsträger und offizielle Stellungnahmen die jeweilige türkische Minderheitenpolitik abgebildet. Schließlich wird theoriegeleitet ein Zwischenergebnis dargelegt.

Nachfolgend wird im Diskussions- und Schlusskapitel eine Antwort auf die Fragestellung der Arbeit anhand der Merkmale, die im Theoriekapitel herausgefiltert wurden, geliefert. Dazu wird die Hypothese, die die Türkei mit ihrer externen Minderheitenpolitik auf dem Balkan ihre sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen verfolgt, anhand der Theorie bzw. des Grundmodells getestet.

Grundmodell zur Arbeit

Das Modell, welches auf Vorarbeiten von Franz Preissler basiert jedoch vom Verfasser modifiziert wurde, legt Variablen fest, die die Art und Intensität der externen Minderheitenpolitik bestimmen. Hierbei handelt es sich um die Bedrohungslage eines Mutterstaates in seinem Umfeld bzw. die internationale Struktur, die Machtposition des Mutterstaates im Verhältnis zum Wohnsitzstaat, die Situation der Minderheit, die Anzahl und das Ausmaß an (anderen) Konflikten mit dem Wohnsitzstaat sowie die Gegebenheiten in der Innenpolitik des Mutterstaates. Aus der Gemengelage dieser Zustände entsteht eine Minderheitenpolitik, die sich entweder in einer Instrumentalisierung oder in einem Eintreten für die externe Minderheit manifestiert (Mischformen sind möglich). Ungeachtet der Vorgehensweise und der Intensität, mit der externe Minderheitenpolitik betrieben wird, postuliert das Grundmodell, dass es dabei stets um den Erhalt oder die Steigerung von Macht zugunsten des Mutterstaates geht. Demnach kommt dem Wohlergehen der Minderheit nur eine nachgeordnete Bedeutung zu.

Ergebnisse

Die türkische Minderheitenpolitik auf dem Balkan ist länderspezifisch und situationsabhän-

gig. Während sich die internationale Struktur und die innenpolitischen Gegebenheiten in der Türkei mehr oder weniger auf alle Wohnsitzstaaten mit türkischen Minderheiten gleichermaßen auswirken, sind die bilateralen Beziehungen und die Situation der jeweiligen Minderheit different und bestimmen die türkische Politik gegenüber ihren Konnationalen mit.

In den 1980er Jahren führte die strenge Assimilationspolitik in Bulgarien gegenüber der türkischen Minderheit zu einem stärkeren Eingreifen der Türkei als etwa gegenüber Griechenland. Zwar gab es auch in Griechenland Repressionen gegenüber den Westthrakientürken, diese wurden jedoch von den Entscheidungsträgern in Ankara als weniger schwerwiegend wahrgenommen. Gleichzeitig war die Situation der Türken in Jugoslawien so entspannt, dass dort fast keine Politik gegenüber der Minderheit betrieben wurde.

Die Lage der jeweiligen Minderheit im Wohnsitzstaat kann jedoch nicht der einzige Aspekt in der türkischen Außenpolitik in Bezug auf ihre Minderheiten sein. In den 2010er Jahren traten beispielweise in Griechenland und Bulgarien ähnliche Probleme in Zusammenhang mit der türkischen Minderheit auf. Gegenüber Griechenland wurden diesbezüglich aber harschere Töne gewählt. Generell ist das Verhältnis der Türkei zu Athen im Vergleich zu Sofia deutlich belasteter. Demnach wird die auswärtige Minderheitenpolitik Ankaras von bestehenden Konflikten mit den Wohnsitzstaaten (in anderen Bereichen als in Bezug auf die Minderheiten) beeinflusst.

Die externen Minderheitenpolitiken der Türkei können aber auch nicht vollständig durch die bilateralen Beziehungen erklärt werden. Als beispielsweise historische Moscheen nahezu zeitgleich sowohl in Nordmazedonien als auch in Bulgarien zu Museen umgewidmet wurden, wurde Skopje durch die Türkei gerügt, während Sofia nicht kritisiert wurde. Obwohl Ankara deutlich bessere Beziehungen zu Nordmazedonien hat als zu Bulgarien. Doch nimmt die Türkei im Allgemeinen eine stärkere Machtposition gegenüber Nordmazedonien ein als im Verhältnis zu Bulgarien. Skopje hat eine stärkere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der Türkei als Sofia. Infolge seiner geografischen Lage hat Sofia mehr Potenzial, Ankara zu schaden. Zwar führt ein Dissens über die Minderheit nicht zwangsläufig zu einer größeren Krise, in der Staaten sich gegenseitig verletzen, dennoch spielt die Machtkonstellation eine entscheidende Rolle für die Art und Intensität der türkischen Minderheitenpolitik.

Dies zeigt sich auch an den bulgarisch-griechischen Annäherungen 1986 und 1995. Eine si-

cherheitspolitische Allianz zwischen Athen und Sofia hätte ein Machtaufbau dieser beiden Staaten zulasten der Türkei zur Folge gehabt. Deshalb musste Ankara eine Gegenkraft aufbauen. In beiden Fällen griffen die türkischen Entscheidungsträger auf die Minderheitenkarte zurück. Auch wenn Minderheiten dadurch vielleicht noch keine eigene Machtquelle werden, ist die wahrgenommene Sicherheitsbedrohung ein wichtiger Faktor für die auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei.

Dass die Machtpolitik bezüglich der Minderheitenfrage wirkt, macht sich auch in Phasen regionaler und globaler Entspannung bemerkbar. Diese gehen oft mit dem Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen einher, wobei Minderheitenprobleme möglichst nicht thematisiert werden. Kommt es jedoch nach einiger Zeit wieder zu internationalen Unsicherheiten, treten die bilateralen Rivalitäten schnell wieder hervor und die Minderheitenfrage rückt erneut in die Tagesordnung.

Aber drohen aus der Rivalität ernste Zerwürfnisse, in der ein selbst ein Krieg nicht auszuschließen ist, wird wieder zurückgerudert und die Minderheitenfrage nicht in den Mittelpunkt gestellt. Der Einsatz der Türkei für die Minderheiten wird nur so lange fortgesetzt, bis die Ergebnisse nicht drohen, sich nachteilig für das Land auszuwirken.

Unklar bleiben allerdings die innenpolitischen Gegebenheiten. Ende der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren gab es zwar viel Kritik aus der Opposition bezüglich der Minderheitenpolitik der jeweiligen Regierung, doch hatte zu dieser Zeit das Militär und die außenpolitischen Eliten im Außenministerium größeres Gewicht. Diese ließen sich nicht durch Oppositionsparteien treiben. Ab den 2000er Jahren wurde der Minderheitenpolitik durch innergesellschaftliche Gruppen wenig Beachtung geschenkt, so dass auch hier die Innenpolitik kaum zu einer Politikänderung in der Minderheitenfrage beitrug. Jedoch lässt sich allgemein eine intensivere Nutzung von außenkulturpolitischen Instrumenten in der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei beobachten, wenn es stabile Regierungen in geopolitisch sichereren Zeiten gibt.

Zusammengefasst beeinflusst die internationale Sicherheitslage, die bilateralen Beziehungen, die zwischenstaatlichen Machtverhältnisse sowie die innenpolitischen Gegebenheiten die Art und Intensität der externen Minderheitenpolitik der Türkei. Länder- und fallbezogen variiert die Gewichtung der einzelnen Faktoren. In den meisten Fällen steht dabei das Eintreten der Türkei für die Minderheit im Vordergrund, während die Instrumentalisierung der Minderhei-

tenfrage eher selten erfolgt.

Die Studie zeigte auf, welche Faktoren und Variablen dafür verantwortlich waren, dass die türkische Minderheitenpolitik so war, wie sie war. So konnte dargestellt werden, dass die Situation der Minderheit (und damit ihr Wohl) nur einen geringen bzw. indirekten Einfluss auf die Minderheitenpolitik hat. Sie kann eine Minderheitenpolitik auslösen, verstärken und ändern. Die internationale Machtposition der Türkei und ihre Stellung zum Wohnsitzstaat wirken sich aber intensiver auf die türkische Minderheitenpolitik aus (das Wohl der Türkei dominiert dabei als Motiv). Das internationale Umfeld ist es, welches die türkische auswärtige Minderheitenpolitik begrenzt.

Unabhängig davon, ob es sich um ein wohlwollendes Eintreten für die Minderheit oder eine Instrumentalisierung handelt, geht die Türkei stets nur so weit, wie ihre eigenen Interessen gewahrt bleiben und (sicherheits-)politische sowie wirtschaftliche Einbußen entweder ausgeschlossen oder zumindest minimal sind. Das oberste Ziel der Türkei ist es, ihr Machtpotenzial zu bewahren. Dies verleiht der externen Minderheitenpolitik eine machtpolitische Dimension, da Machtpolitik nicht nur auf eine Steigerung der Macht abzielt, sondern auch auf deren Erhalt.

Die Hypothese, dass die Türkei mit ihrer auswärtigen Minderheitenpolitik ihre sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen bekräftigen möchte, kann als bestätigt angesehen werden.

Das oft uneigennützig wirkende Eingreifen für die Minderheit, sei es durch verbale Unterstützung oder Förderung, bringt für Ankara häufig einen Kollateralnutzen. Es ist sogar anzunehmen, dass die Eigeninteressen der Türkei in den meisten Fällen überwiegen. So dient das verbale Eingreifen Ankaras, beispielsweise in größeren Krisen im Zusammenhang mit ihren Minderheiten auf dem Balkan, hauptsächlich der Deeskalation. Die Machtpolitik ist demnach eher defensiv. Die auswärtige Minderheitenpolitik soll den Balkanraum stabilisieren, nicht destabilisieren. Sie soll zunächst Einbußen vermeiden, dann evtl. Einnahmen generieren. Selbst die seltene Instrumentalisierung der Minderheitenfrage durch die Türkei weist in den wenigsten Fällen offensiven Charakter auf.

Das bedeutet nicht, dass die Minderheitenpolitik der Türkei ausschließlich machtpolitischen

Motiven folgt oder lediglich durch die realistischen Theorien empirisch erklärt werden kann.
Die externe Minderheitenpolitik der Türkei ist durch Multikausalität geprägt.